



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus dem Schuldbuche der Fortschrittspartei : Patriotisches und
Prophetisches. 1.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Aus dem Schuldbuche der Fortschrittspartei.

Patriotisches und Prophetisches.

1.



Allen ist menschlich, Fürst Bismarck ist ein Genie, aber immerhin ein Mensch, und so ist auch er bisweilen dem Irrtum verfallen. Ein Beispiel hiervon, und zwar wohl das stärkste, ist die Hoffnung, die er 1858 als Bundestagsgesandter in Betreff seiner patriotischen Pläne auf den Verstand und die Gesinnung des preußischen Abgeordnetenhauses setzte, eine Hoffnung, in der er sich fünf Jahre später und dann bis zu den Siegestagen von 1866 bei jeder Frage grausam getäuscht fand. Im März 1858 verfaßte er in Frankfurt eine Denkschrift, die er dem Minister von Schleinitz übersandte, und in der es gegen den Schluß hin hieß: „Bei keinem Teile des deutschen Volkes und bei wenigen Staaten des Auslandes ist zugleich die Zufriedenheit mit der eignen Regierung, die Bereitwilligkeit, derselben vertrauensvoll und opferwillig entgegenzukommen, in dem Maße wie in Preußen von dem Gefühl abhängig, daß dem Lande eine vollständige und angesehene Stellung nach außen hin gewahrt wird, und die Wahrnehmung, daß Preußen in Deutschland von Oesterreich überflügelt würde, daß bairische und sächsische, hessische und württembergische Majoritäten [am Bunde] irgend welchen bestimmenden Einfluß auf Preußen wider dessen Willen mit Erfolg beanspruchen könnten, wäre selbst in der heutigen Zeit der materiellen Interessen für das preußische Volk ein schärferer Stachel zu gereizter Verstimmung, ein wirksameres Mittel zur Erregung von Unzufriedenheit als die Mehrzahl wirklicher oder vermeintlicher Übelstände im Innern, während umgekehrt der Preuße über

Grenzboten III. 1883.

jeder Erhöhung seines Selbstgefühls gegenüber dem Auslande leicht dasjenige vergißt, was ihn an den innern Zuständen verdrießt.“

Die hier angenommene Regel zeigte während der Konfliktjahre von 1862 bis 1866 so zahlreiche und grelle Ausnahmen, daß diese die Regel zu bilden schienen. Das Ansehen des Landes sollte durch die Reorganisation der Armee erhöht werden, und dieser Zweck war gefunden Augen deutlich erkennbar, das Ansehen war durch die Erfolge gegen die Dänen und gegen die kleinstaatliche Majorität 1864 bereits unbestreitbar erhöht, und es war mit Händen zu greifen, daß eine weitere und gewaltigere Erhöhung ins Auge gefaßt war. Aber wie stellte sich die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu der Regierung, welche dies bewirken wollte und später zu bewirken begonnen hat? Vergaß sie über der Steigerung des preussischen Selbstgefühls dem Auslande gegenüber dasjenige, was an den innern Zuständen verdrießt, und schloß sie sich patriotisch dem Minister an, der Preußens Recht und Interesse energisch zur Geltung zu bringen, der Preußen nicht von Oesterreich überflügeln, es nicht unter den Willen der Kleinstaaten beugen zu lassen bemüht war? Zeigten die Herren sich auch nur im entferntesten opferwillig? Mit nichten, das Gegenteil war der Fall. Ein Parlamentarismus, wie ihn die Verfassung nicht kannte, sollte eingeführt, die Macht des Abgeordnetenhauses sollte vermehrt werden, und im Ärger darüber, daß die Regierung sich dazu nicht herbeiließ, hinderte und schwächte man die Aktion der Letztern, soviel man irgend vermochte, nahm Partei gegen sie und für die Mittelstaaten und den Augustenburger und erging sich in Prophezeiungen, bei denen man jetzt nicht weiß, was an ihnen erstaunlicher ist, die unpatriotische Gesinnung oder die ungeheuerliche Unvernunft, die sich in ihnen ausdrückt. Der bitterste Haß, die ärgste Verblendung machte sich geltend, aus purer doktrinäarer Rechthaberei, aus Eifer für sein demokratisches Credo setzte man alles aus den Augen, was die Vaterlandsliebe verlangte, und das Ende war, daß man statt der Macht und Würde der Volksvertretung den Zuschauern dieses Schauspiels nur die moralische und materielle Ohnmacht derselben zum Bewußtsein brachte und sich mit seinen großen Phrasen vor der Geschichte unsterblich blamirte.

Die Sache ist im allgemeinen bekannt, und man könnte sie in Frieden bei andern parlamentarischen Thorheiten ruhen lassen, wenn der Geist, der damals die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses erfüllte, nicht in der Fortschrittspartei fortlebte und sich seit einigen Jahren auch in andern liberalen Lagern von neuem regte. Wir halten es deshalb für nützlich, wenn die Erinnerung an jene Periode politischen Wahnes von Zeit zu Zeit aufgefrischt wird, und zwar in ihren Einzelheiten. In nichts werden die wahre Natur, das eigentliche Ziel der Fortschrittspartei, ihr geringes Verständnis des Staates und seiner obersten Bedürfnisse und die Schwäche ihres Patriotismus, wenn derselbe zwischen juristischen Doktrinen und Belleitäten und großen politischen Gedanken und

Zwecken zu wählen hat, klarer erkannt als in dem Gebahren der liberalen Opposition damaliger Zeit.

Gegen Ende des Januar 1863 richtete die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses eine Adresse an den König, in welcher dieser Körperschaft Rechte vindiziert wurden, die sie teils garnicht, teils nicht allein besaß. Man beanspruchte darin die Befugnis der zweiten Kammer, durch ihre alleinigen Beschlüsse das Budget im ganzen und einzelnen endgiltig festzustellen, vom Könige die Entlassung von Ministern zu fordern, den Bestand und die Organisation des Heeres festzustellen und die Beziehungen der Exekutivgewalt zu ihren Beamten maßgebend zu kontrolliren. Das hieß einfach, dem königlichen Hause die ihm verfassungsmäßig zustehenden Regierungsrechte abfordern und sie der Mehrheit der Abgeordneten übertragen. Es wurde ferner behauptet, die Minister hätten die Verfassung in Artikel 99 verletzt, in welchem es heiße: Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im Voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Stat gebracht werden.

Bismarck erwiederte darauf, mit dieser Klage würde man Recht haben, wenn es dann hieße, der Stat werde durch das Abgeordnetenhaus festgestellt; der Artikel besage aber, dies habe durch ein Gesetz zu geschehen, und ein solches komme nach Artikel 62 nur durch Übereinstimmung der Krone und der beiden Kammern zustande. Nach der Verfassung wögen die Rechte dieser drei gesetzgebenden Gewalten in allen Fragen, auch in der Budgetgesetzgebung, gleich schwer, keine könne die andre zum Nachgeben zwingen, die Verfassung verweise daher auf Kompromisse. „Wird, so fuhr er fort, der Kompromiß dadurch vereitelt, daß eine der beteiligten Gewalten ihre eigne Ansicht mit doktrinärem Absolutismus durchführen will, so tritt an die Stelle des Kompromisses ein Konflikt, und Konflikte werden zu Machtfragen. Wer die Macht in den Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor, weil das Staatsleben auch nicht einen Augenblick still stehen kann.“

Das war ein Rat und eine Warnung, die aber von der Opposition falsch aufgefaßt und sehr übel genommen wurde. Gneist sah darin „ein offenes Manifest des Absolutismus, vor ganz Deutschland diesem Hause ins Gesicht gesprochen.“ Graf Schwerin hatte in den zuletzt angeführten Sätzen des Ministerpräsidenten die Ansicht entdeckt: „Macht geht vor Recht,“ verwahrte sich emphatisch dagegen und meinte unter stürmischem Bravo der Versammlung, er „halte sie nicht für einen Satz, der die Dynastie in Preußen auf die Dauer stützen könne.“

Von dieser Zeit an wurden alle auswärtigen Leistungen der Regierung von der Opposition ungünstig beurteilt, auch solche, welche zu dem liberalen Programm stimmten. So ließ sich der Abgeordnete Schulze (Delitzsch), als Bismarck im Juni 1863 in Hessen die Entlassung des unkonstitutionellen Ministeriums und die Wiederherstellung der alten Verfassung herbeigeführt hatte, in der Kammer folgendermaßen vernehmen: „Wenn es wirklich wahr ist, daß unser

Ministerium den Kurhessen einen Dienst gethan, ihren Verfassungskonflikt zu Ende geführt hat, so können wir dies unmöglich mit besonderm Dank anerkennen; denn uns hat es den Verfassungskonflikt gebracht.“ Und über die Vereitlung des Delegirtenprojekts am Bunde durch Preußen bemerkte derselbe Redner, es sei eigentlich durch die öffentliche Meinung gefallen. Dann wurde Österreich auf Kosten Preußens gelobt, indem Herr Schulze bemerkte: „Während Österreich in der vollen Hingabe an das konstitutionelle Prinzip die ungeheuern Schwierigkeiten seines Staatswesens wenigstens einleitend und augenblicklich zu beschwören wußte, lenkte man in Preußen ohne jede Veranlassung von dem konstitutionellen Prinzip ab und in das absolute zurück und bereitete sich dadurch künstlich Verlegenheiten und untergrub die Stellung unsers Vaterlandes in dem Augenblicke, als Österreich das rechte Mittel erkannte, die seine zu befestigen.“ Zuletzt kam der Geist der Weissagung über den würdigen Landboten, und er hub an zu prophezeien: „Zentralgewalt und Parlament ist noch jetzt die Lösung im ganzen deutschen Volke. Preußen hatte unter dem Ministerium Bernstorff diese Lösung auf seine Fahnen geschrieben, und wir haben nicht gehört, daß sie bis dato gewechselt sei. Aber, meine Herren, wenn das jetzige Ministerium den Ruf erschallen ließe — es wird es nicht thun, es befindet sich gar nicht in der Möglichkeit dazu, ich gebe hier nur die hypothetische Annahme — wenn es ihn erschallen ließe, so würde sich bei dem von ihm berufenen Parlamente niemand einfinden.“ Dieses Patizinium wurde mit Bravo und „großer Heiterkeit“ aufgenommen. Uns stimmt es heute gleichermaßen sehr heiter, da sich zu dem später von Bismarck berufenen Parlamente recht viele Leute, in der That alle, die berufen worden, einfanden, und darunter auch der Prophet Schulze.

Um dieselbe Zeit meinte der Abgeordnete von Sybel, indem er von der fünfzigjährigen Gedächtnisfeier der Freiheitskriege redete: „Es würde in der Natur der Dinge liegen, wenn wir die Gräber Scharnhorsts und Gneisenaus mit Blumen schmückten, aber ihre Bildsäulen mit Flor verhüllten. Dahin sind wir unter der Herrschaft dieser quasi konstitutionellen Regierung gekommen. Die Kleinodien unsrer Vergangenheit werden uns unter den Händen verfälscht, und der Blick in unsre Zukunft wird uns von Grund aus verdüstert. . . . Eine preußische Regierung, die den geschichtlichen Aufgaben ihres Staates im neunzehnten Jahrhunderte gewachsen sein soll, muß es verstehen, allen realen Bedürfnissen und Wünschen des preußischen Volkes zu genügen und zu gleicher Zeit mit Initiative und vorausschauender Energie die Wünsche des Volkes durch Aufstecken großer und idealer Ziele um ihr Banner zu versammeln. Ich weiß wohl, meine Herren, man soll solche Anforderungen nicht zum unmittelbaren Maßstabe von einzelnen Regierungen und Ministerien machen. . . . Aber das können wir erwarten, das können wir begehren, daß nicht gerade das Gegenteil von solchen Tendenzen unsre Regierung erfülle.“ Mit welchen Empfindungen mag wohl der Herr Professor diese Redensarten jetzt betrachten? Er hat, wie

wir wissen, gegenwärtig ganz besonders gute Gelegenheit, gründlich, aus Dokumenten herauszufinden, daß es Abgeschmacktheiten waren.

Ebenfalls in dieser Zeit sekundirte der Abgeordnete von Carlowitz dem Kollegen Schulze mit nachstehenden prophetischen Befürchtungen: „Ich bin der Meinung, daß, was dieses Ministerium auf dem Gebiete der auswärtigen Politik auch unternehmen möge, jede seiner Unternehmungen von vornherein mit Unfruchtbarkeit geschlagen sein werde“ — was ein weiser Thebaner in der Versammlung mit einem tiefempfundenen „Sehr wahr!“ bekräftigte. Weiterhin erklärte der Redner, Preußen stehe jetzt „isoliert und ohne irgend einen schöpferischen Gedanken“ da, worauf er fortfuhr: „Und so befürchte ich allerdings, es werde uns nichts übrig bleiben, als uns in einen Schmollwinkel zurückzuziehen und von diesem aus mißmutig zuzusehen, wie das übrige Deutschland sich unter der Würzburger und Oesterreichs Führung neu konstituirt und günstigenfalls uns eine Hinterthür offen läßt, durch die wir unter Bedingungen wieder eintreten könnten — eine Hinterthür, die freilich dem kandinischen Pässe so ähnlich sehen würde wie ein Ei dem andern.“ Einige Monate nachher mißglückte der österreichisch-mittelstaatliche Plan einer Neugestaltung Deutschlands auf die kläglichste Weise, und einige Jahre nachher begründete Bismarck den Norddeutschen Bund, die Basis zum jetzigen Deutschen Reiche!

Als die preußische Regierung bald darauf der polnischen Empörung gegenüber mit Rußland einen Vertrag zur Einschränkung derselben abgeschlossen hatte, beschuldigte Carlowitz das Ministerium der Kurzsichtigkeit, klagte, daß Preußen Rußland „jeden Freundschaftsdienst erwiesen ohne Entgelt,“ und schloß mit der hochpatriotischen Hoffnung: „Wenn die preußische Regierung sich übereilt und mutwillig unter den ungünstigsten Umständen in auswärtige Verwicklungen einläßt und eine aggressive Politik treibt, so habe ich das Vertrauen zum ganzen Hause hier, jedenfalls zu seiner großen Majorität, daß es in Übereinstimmung mit dem ganzen Lande zu einer solchen Politik [deren Aggression sich gegen Feinde Rußlands richtete, die zugleich Todfeinde Preußens waren] diesem Ministerium auch nicht einen Thaler bewilligen wird.“

Ähnlich der Abgeordnete von Unruh, der unter dem Beifalle der Mehrheit andeutete, wenn aus den Maßregeln, welche die Regierung zur Sicherung der Grenzen und der Interessen Preußens getroffen hatte, auswärtige Verwicklungen entstehen sollten, so werde man dem Könige die Mittel zur Landesverteidigung verweigern. Der Abgeordnete Waldeck verglich die zu jenen Maßregeln gehörige Einstellung der preußischen Reserven mit dem Verkaufe der hessischen Landesfinder an das die aufständischen Nordamerikaner bekämpfende England. Sybel protestirte gegen eine Politik, welche Preußen „mit der Mitschuld an einer kolossalen, von ganz Europa mit sittlicher Empörung betrachteten Menschenjagd belaste.“ Die Herren mußten sich darauf unter andern Wahrheiten von Bismarck auch die fagen lassen: „Die Neigung, sich für fremde Nationalbestrebungen auch dann zu

begeistern, wenn dieselben nur auf Kosten des eignen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich leider auf Deutschland beschränkt.“ In der Debatte über dieselbe Angelegenheit verglich der Volksbote Simson das Ministerium geschmackvoll und schicklich erst mit Don Quixote, dann mit Seiltänzern. Wahrhaft prachtvoll waren folgende Sätze in der Schlußrede des Referenten von Sybel: „Sähe ich mir gegenüber am Ministertisch einen Mann, der bereits Zeugnis gegeben hätte von weitblickender Einsicht und einem Herzen für die Gerechtigkeit, so würde ich fragen, ob seine Konvention auch an die Verträge von 1815 erinnert, an das dort verbrieftete Recht der Polen, unter ihrer eignen, selbständigen Verfassung zu leben, an das dort verbrieftete Recht Preußens und Europas, daß in Warschau nicht der Zar von Rußland, sondern der König von Polen herrsche. . . Wenn unser Ministerium diese polnische Sache selbst in die Hand nahm mit dem redlichen Willen, endlich diesen Stachel aus der Ferse Europas herauszuziehen, endlich diese alte preußische Wunde schließen zu helfen, welche Stellung hätte es damit im eignen Lande und in Europa eingenommen! . . . Das Herz unsers Ministeriums scheint aber leider nur an Bildern der Unfreiheit und Unterdrückung zu hängen, und so schrumpft denn auch ihre Staats- und Kriegskunst wie ihr Verfassungsleben zu der Glorie der polizeilichen Chikane zusammen. . . Es ist wahr, wir thun alles, um unsre Regierung zu keiner verkehrten Aktion gelangen zu lassen, und ich will mit voller Offenheit hinzusetzen, wir würden alles thun, auch um sie von solchen auswärtigen Aktionen abzuhalten, welche unter Umständen vielleicht zweckmäßige Ziele ins Auge nehmen. . . Wir thun so nach der Überzeugung, daß dieses Ministerium an keiner Stelle Lorbeer ernten wird, einer Überzeugung, die uns gerade durch die Konvention und die daran geknüpften Verhandlungen bis zur höchsten und sonnenhellsten Deutlichkeit gebiethen ist. Wir ziehen in unsrer Lage einen bescheidenen und selbst demüthigen Frieden einer traurigen Niederlage selbst in einem gerechten Kriege vor, und weil wir von der Wahrheit durchdrungen sind, daß unter diesen Führern die Niederlage die unvermeidliche Folge sein wird, so wird unser Wort stets: Gewehr bei Fuß! lauten, so lange die Krone diese Minister behält [und nicht uns mit unsrer höhern Erleuchtung an deren Stelle setzt]. Wundre sich niemand, daß auch die besten Patrioten bei dem Rufe: Freiwillige vor! zurückbleiben, so lange notorisch unfähige und unglückliche Befehlshaber an der Spitze stehen. Wundre sich niemand, daß sich keine freiwilligen Matrosen melden, wenn zur Expedition ein notorisch seeuntüchtiges Schiff gewählt wird. Meine Herren, unser Staat ist das einst so stolze Kriegsschiff, dessen scharfer Kiel mit Bräusen die Wellen der Jahrhunderte durchschneidet, dessen Seiten, oft vom Sturme wund gepeitscht, mit dem Eisenpanzer preussischer Volkskraft gefestigt waren, und welches jetzt mit thöricht überhöhten Masten, des besten Theils seines Eisens und seiner Dampfkraft beraubt, mit Herrn von Roon im Maschinenraum und Herrn

von Bismarck am Steuer in den gährenden Ozean der europäischen Händel sich hinauswagen soll. Dafür mag stimmen, wer will, ich vermag es nicht, und ich hoffe, Sie alle werden es nicht vermögen."

Schöne Bilder, schönes Pathos! Wir sehen den Redner im Schwung seiner Überzeugung, von der Blut seines Schmerzes erröten, aber von welchem Gefühl würde er wohl jetzt erröten, wenn er das Echo seiner damaligen Tiraden hörte?

Als im Frühjahr 1863 die schleswig-holsteinische Frage wieder mehr in Fluß kam, indem die Kopenhagener Regierung mit dem Erlaß vom 30. März die Stellung Holsteins zur dänischen Monarchie in einer die Vereinbarungen von 1852 verletzenden Weise ordnen wollte und Bismarck dagegen (beiläufig im Einklange mit Oesterreich) energisch Verwahrung einlegte, erklärte der Abgeordnete Twetten, sonst keiner von den schlimmsten, im Landtage: „Die Dänen würden schwerlich in diesem Augenblicke den flagranten Vertragsbruch gewagt haben, dasjenige Provisorium, gegen welches die deutschen Mächte von jeher als vertragswidrig protestirt haben, in ein Definitivum zu verwandeln, wenn sie nicht glaubten, daß Preußen außer Stande sei, jetzt seine eignen Rechte aus den Verhandlungen von 1851 und 1852 und die Rechte der Herzogtümer geltend zu machen. Die Dänen wissen allerdings, daß unter den gegenwärtigen Umständen eine preussische Regierung, welche mit dem eignen Lande im härtesten Widerspruche steht, welche eine kaum nennenswerte Partei in der Vertretung des eignen Volkes hinter sich hat, daß eine Regierung, welche infolge der innern Zustände auch im übrigen Deutschland vollständig ohne Einfluß und ohne jede Möglichkeit ist, eine kräftige Initiative zu ergreifen, daß eine Regierung, welche daneben Preußen auch nach außenhin gänzlich isolirt hat, welche durch ihre Politik in der polnischen Angelegenheit den preussischen Staat in die äußerste Spannung zu den Westmächten gebracht hat, daß die völlig außer Stande ist, einen Krieg mit Dänemark zu führen, und wenn die preussische Regierung unter den jetzigen Umständen dazu geneigt sein sollte, so werden wir einer solchen Neigung entschieden entgegentreten müssen, weil wir die jetzigen Zustände nicht als solche betrachten können, unter denen unter irgend welchen Umständen ein glückliches Resultat des Krieges und eine glückliche definitive Lösung dieses Streites zu erwarten wäre.“

Man sieht, immer dieselbe Verblendung, die alte Berrantheit, die ewige Überschätzung der Bedeutung des Konflikts nach außenhin, der Wichtigkeit der öffentlichen Meinung und vor allem der Herren Volksboten selber.

Bismarck erwiderte auf die Illusionen und Drohungen des Wortführers der Opposition in der Hauptsache kühl und gelassen: „Der Herr Vorredner hat Dänemark darüber zu beruhigen gesucht, daß es einen Krieg in diesem Augenblicke von Preußen unter unsern nach innen und außen zerrütteten Verhältnissen nicht zu erwarten habe. Meine Herren, zum Glück ist man im Auslande nicht so leichtgläubig, und ich kann Sie versichern und das Ausland versichern, wenn

wir es für nötig finden, Krieg zu führen, so werden wir ihn führen, mit oder ohne Ihr Gutheißen.“

Darob große Sensation, die zum Schlusse wieder in einer prophetischen Vision gipfelte, welche diesmal der Abgeordnete Löwe hatte, und in welcher wir folgenden Perlen der Beredsamkeit und Staatsweisheit begegnen: „Wenn wir diese Politik beklagen, welche den Schwerpunkt unseres Staats nicht mehr in Deutschland findet, die Stütze nicht mehr im Vaterlande, sondern in seiner östlichen Verbindung sucht, wenn wir diese russische Allianzpolitik beklagen, so begreifen wir zugleich vollständig, daß das Ministerium eine solche reine Kabinettspolitik [der Redner wollte natürlich „Volkspolitik,“ d. h. Abgeordnetenhauspolitik, und d. h. wieder Fraktions-, Fortschritts- und schließlich Fortschrittsführerpolitik] nicht mit unsrer Wehrverfassung von 1813, nicht mit einer Armee von 1813 ausführen könnte; dazu müßte es eine reorganisirte Armee haben, eine große stehende Armee, mit der Kabinettspolitik getrieben werden kann, und zwar Kabinettspolitik gegen die nationale Politik. [Die Nation waren damals selbstverständlich immer die Herren Löwe und Konsorten, wie es jetzt selbstverständlich die Herren Richter, Virchow, Hänel und Kompagnie sind.] Wenn wir in diesem Augenblicke von dem Herrn Minister gehört haben, daß er den Krieg führen würde ohne unser Gutheißen, also ohne die Bewilligung, welche notwendig ist für einen großen Krieg, in dem wir vielleicht in Elend und Schande gestürzt werden sollen [sollen!], so müssen wir wohl bedenken, daß diese Kabinettspolitik erst möglich geworden ist, wenn man nicht mehr bei der Landwehr anzuklopfen braucht, um diesen Kabinettskrieg zu führen. [Hier des Pudels Kern bei der ganzen hartnäckigen Opposition gegen die Umgestaltung der Wehrverfassung: wenn die Herren vom Fortschritt sich dagegen mit Händen und Füßen sträubten, so war ihrer langen Reden kurzer Sinn ein Heer, das dem Könige weniger gehorchte als dem Abgeordnetenhaufe; die Landwehr sollte, so hoffte man, ein Parlamentsheer abgeben.] Ich behaupte, daß die Pflicht dieses Hauses dahin geht, diesem Ministerium nicht bloß wegen seiner verwerflichen Grundsätze, nicht bloß wegen seiner Tendenz die Mittel zu versagen, besonders sondern deshalb, weil dieses Ministerium einen so außerordentlichen Mangel an staatsmännischer Geschicklichkeit und Einsicht, an Kenntniss der wirklichen Verhältnisse des Staates . . . gezeigt hat, daß wir ihm keine neuen Mittel, soweit wir es verhindern können, in die Hände geben dürfen, weil wir die Mittel, die wir ihm in die Hände geben, als verwüstet betrachten. In diesem Sinne verwahren wir uns gegen diese Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten, welche die parlamentarische Sitte mich hindert näher zu qualifiziren, daß man Krieg führen wird ohne die Zustimmung der Volksvertretung. Beginnen kann man ihn, aber diese Männer werden niemals die Geschicke der Nation in Händen haben, wenn die Nation mit ihrem Blute dafür einstehen muß. Dann ist der Augenblick gekommen, wo sie diese Sitze, die sie im Räte der Nation immer freiwillig räumen, sobald große Angelegenheiten verhandelt

werden [richtiger, große Parteiretoren große, aber leere Phrasen ausspielen], auf immer räumen werden.“ Well roared, Lion! Aber der Löwe war ein ehrfamer Schreiner, und das ganze Gerede ein Sommernachtstraum.

So spann sich der Streit der Demokraten im Abgeordnetenhaus mit den Ministern weiter ab, und am 22. Mai richtete die Mehrheit des Abgeordnetenhauses an den König eine Adresse, in welcher es „noch einmal seine Gewissenspflicht erfüllte,“ indem es ihm „in tiefster Ehrfurcht“ erklärte: „Das Haus der Abgeordneten hat kein Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium, es lehnt seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik der Regierung ab. Jede weitere Verhandlung befestigt uns nur in der Überzeugung, daß zwischen den Ratgebern der Krone und dem Lande eine Kluft besteht, welche nicht anders als durch einen Wechsel der Personen, und mehr noch, durch einen Wechsel des Systems ausgefüllt werden wird.“

Die Antwort des Königs lautete entschieden ablehnend. Ihre Hauptsätze erklärten: „Dem Artikel 45 der Verfassungsurkunde entgegen, wonach der König die Minister ernennt und entläßt, will das Haus mich nötigen, mich mit Ministern zu umgeben, welche ihm genehm sind; es will dadurch eine verfassungswidrige Alleinherrschaft des Abgeordnetenhauses anbahnen. Dieses Verlangen weise ich zurück. Meine Minister besitzen mein Vertrauen, ihre amtlichen Handlungen sind mit meiner Billigung geschehen, und ich weiß es ihnen Dank, daß sie sich angelegen sein lassen, dem verfassungswidrigen Streben des Abgeordnetenhauses nach Machterweiterung entgegenzutreten. Unter der Mitwirkung, welche das Haus meiner Regierung zu verweigern erklärt, kann ich nur diejenige verstehen, zu welcher das Haus verfassungsmäßig berufen ist, da eine andre weder von ihm beansprucht werden kann, noch von meiner Regierung verlangt worden ist. Angesichts einer solchen Weigerung, welche überdies durch den Gehalt und die Sprache der Adresse sowie durch das Verhalten des Hauses während der letztverfloßenen vier Monate in ihrer Bedeutung klargestellt wird, läßt eine fernere Dauer der gegenwärtigen Session keine Resultate erwarten; sie würde den Interessen des Landes weder seiner Lage noch seinen auswärtigen Beziehungen nach entsprechen. Auch ich suche, wie meine Vorfahren, den Glanz, die Macht und die Sicherheit meiner Regierung in dem gegenseitigen Bande des Vertrauens und der Treue zwischen Fürst und Volk. Mit des Allmächtigen Hilfe wird es mir gelingen, die sträflichen Versuche zu vereiteln, welche auf Lockerung dieses Bandes gerichtet sind. In meinem Herzen steht das Vertrauen auf die treue Anhänglichkeit des preußischen Volkes an sein Königshaus zu fest, als daß es durch den Inhalt der Adresse des Abgeordnetenhauses erschüttert werden sollte.“

